

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Für Postbezug: Geschäftsmonat: Dienstag, Donnerstags und Samstags. — Jahrgang 150 Nummern.

Leipzig, den 3. Januar 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Landesanzeigen 20 Pf., die übrigen gelblich: Anzeigen 60 Pf., die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 2

Betriebsräte und Buchdrucker

Die Erkenntnis, daß die Betriebsräte eine wichtige Rolle im Wirtschaftsstreben der Zukunft zu spielen berufen sein werden, hat bekanntlich das gesamte Unternehmertum zu scharfem Protest gegen das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes nach der Regierungsvorlage veranlaßt. Verschiedene Verschlechterungen, die der zur Vorberatung des Gesetzes eingesetzte Ausschuss der Nationalversammlung in der ersten und zweiten Lesung durchzuführen mußte, waren auf das Sturmlaufen des Unternehmertums gegen den Betriebsrätegesetzentwurf zurückzuführen. Immerhin gelang es nicht, die Arbeiterkraft im allgemeinen rechtlos zu machen, ihr die Möglichkeit abzuschneiden, an der Sozialisierung zur Hebung des Volkswohlstandes in geeigneter Weise mitzuwirken. Lediglich die Buchdrucker wurden in dieser Beziehung auf ein festes Gleis geschoben, nachdem die Zeitungsverleger mit vereinter Kraft für ein Ausnahmeregime eingetreten waren. Es wurde, wie bereits ausführlich in einem Artikel der Nummer vom 20. Dezember des „Kor.“ geschildert, vom Sozialen Ausschuss für die Betriebsräte in Unternehmungen mit politischen, wissenschaftlichen, militärischen, künstlerischen und ähnlichen Bestrebungen eine Sonderstellung konstruiert. In diesen Betrieben soll den Betriebsräten die Einsichtnahme in die Bilanz, die Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat und die Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen nicht zugekannt werden. Das würde für die Buchdrucker die völlige Ausschaltung der wichtigsten gesetzlichen Rechte der Betriebsräte nicht nur in Zeitungsbetrieben, sondern auch in Verlagen von Zeitschriften und Büchern bedeuten, wogegen scharf und nachdrücklich Protest erhoben werden muß.

Eine Verammlung sämtlicher Betriebsräte der Münchner Tageszeitungen befaßte sich vor kurzem mit dem vom Sozialen Ausschuss der Nationalversammlung beschlossenen Sonderstellung der Betriebsräte in Zeitungsbetrieben. Es wurde mit Recht betont, daß diese Sonderstellung eine Ausnahmeregime bedeute, für die kein stichhaltiger Grund vorgebracht werden könne. Die von den Verlegern beabsichtigte Einschränkung der Betriebsräte auf reaktionelle Angelegenheiten sei an sich heute ebenso möglich wie unter dem neuen Betriebsrätegesetz, werde aber von den Betriebsräten und der Arbeiterkraft der Zeitungsbetriebe selbst grundsätzlich abgelehnt. In nachstehender Resolution gaben die Verammelten ihren Entschluß Ausdruck gegen die geplante Verkümmern der Arbeiterrechte:

Die Betriebsräte sämtlicher Münchner Zeitungen haben mit Entschiedenheit und Entschlossenheit von den Beschäftigten Kenntnis genommen, die der Ausschuss der Nationalversammlung über die Rechte der Betriebsräte in den Zeitungsbetrieben gefaßt hat. Sie erheben dagegen energig Protest und lehnen die Anerkennung dieser grundlosen und gefährlichen Ausnahmeregime ab, die ihnen die wichtigsten und fundamentalsten Rechte der Betriebsräte aberkennt, unter allen Umständen ab.

Die Zeitungsbetriebe haben in den Monaten ihrer bisherigen Arbeit bewiesen, daß sie für die Pflichten und Rechte der Betriebsräte wenigstens ebenso reif sind wie die Betriebsräte anderer Betriebe.

Sie verlangen daher mit aller Entschiedenheit zum mindesten die Gleichstellung im Gesetze mit den Betriebsräten der anderen Betriebe- und werden sich gegen jede Rechtsminderung mit aller Energie zur Wehr setzen.

Sollte der Entwurf in der jetzigen Gestalt Gesetz werden, so erklären die Zeitungsbetriebe schon heute ihre unwandelbare Entschlossenheit: 1. an ihren bisherigen Rechten unter allen Umständen festzuhalten; 2. mindestens diejenigen Rechte, die den anderen Betriebsräten aufstehen, in jedem einzelnen Betriebe für sich in Anspruch zu nehmen und, wenn nötig, im schärfsten Kampfe durchzusetzen.

Wenn dadurch die ruhige Arbeit in den Zeitungsbetrieben gestört werden sollte, so lehnen die Betriebsräte die Verantwortung hierfür ab. Sie trifft diejenigen, deren unfachlicher, nur aus kleinlicher Angst geborener Missetat die geplante Ausnahmeregime gegen die Betriebsräte des Zeitungsgewerbes zuzuschreiben ist.

Die verammelten Zeitungsbetriebe verwahren sich energig gegen die Anschuldigung, daß sie ihre Stellung im Betriebe zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen wollten. Sie betonen ausdrücklich, daß sie es ablehnen, ihre Funktionen zu einer Beeinträchtigung der politischen Richtung der Tageszeitungen oder zur Verletzung des Redaktionsgeheimnisses zu benutzen. Daß sie genug Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, um von sich aus die Pressefreiheit gegen jede Beeinträchtigung zu schützen, glauben sie durch ihr Verhalten in der Zukunft beweisen zu haben.

Man kann es den Betriebsräten der Münchner Zeitungsbetriebe aufs Wort glauben, daß es ihnen nach den bösen Erfahrungen während der Münchner Räterepublik bitter ernst ist mit der Abweisung jedweder parteipolitischen Bestrebungen. Die Befassung der Betriebsräte mit politischen Aufgaben mühte deren Grundidee aufs schwerste schädigen und die moderne wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Die radikalen Vorschläge des ehemaligen Münchner Wirtschaftsrats in seinem Entwurf über die Sozialisierung der Presse schlossen äußerst bedenkliche Konsequenzen für die Buchdrucker in sich ein. Auch in anderen Städten ging es bei der Stellungnahme gegen bürgerliche Zeitungen während der Revolutionszeit nicht ohne scharfe Seitenhiebe auf die Buchdrucker ab. Wir haben zur Abwehr der Verschlechterungen des Betriebsrätegesetzes für die Buchdrucker bereits in einem früheren Artikel darauf hingewiesen, daß sie gar nicht daran denken, den Akt abzulegen, auf dem sie leben. Von dem unerschütterlichen Glauben der Zeitungen aller politischen Richtungen hängt die Existenz eines großen Teiles unserer Berufsgenossen ab. Mit so wenig patriotischer Begeisterung die meisten Metallarbeiter während der Friedens- und Kriegszeit an der Munitionsherstellung arbeiteten, ebensowenig sind die Buchdrucker mit allem einverstanden, was sie lesen und drucken. Die Rücksicht auf den Erwerb des Lebensunterhalts steht aber entschieden höher als die von radikaler Seite verschiedentlich verlangte berufsmäßige Betätigung der Buchdrucker im parteipolitischen Sinne.

Der „Zeitungsverleger“, das Organ der deutschen Zeitungsverleger, konstatiert in seiner Nr. 51 mit unvorhöfener Beleidigung, daß die begründeten Vorstellungen der Presse auf die Kommission der Nationalversammlung nicht ganz ohne Eindruck geblieben seien. Man scheint sich darüber klar geworden zu sein, daß der Doppelcharakter der Presse als eines gemischt-wirtschaftsgeistigen Unternehmens eine Berücksichtigung erfordere. Das „Berliner Tageblatt“ dagegen bezeichnete die den Zeitungsbetrieben gemachten Zugeständnisse in der Betriebsrätefrage an sich zwar als durchaus erfreulich, verkannte aber die Selbstheit der vom Sozialen Ausschuss getroffenen Maßnahmen nicht, die auf die Dauer keinen Bestand haben könnten. Mit besonderer Genugtuung begrüßte der „Tag“ die Kommissionsbeschlüsse und die damit verfolgten Absichten, weil sie einen Erfolg seiner eigenen Bemühungen auf diesem Gebiete darstellten. Wie bessere Einsicht der Gesetzgeber vor heute sei gerade noch vor Toteschluss gekommen, und es werde darauf zu achten sein, daß sie nicht etwa wiederum durch Einflüsse anderer Art durchkreuzt wird.

Die Durchkreuzung der gegen die Rechtsmachung der Buchdruckerbetriebe in der Betriebsrätefrage gerichteten Pläne beschlichtigte indes die letzte Gewerkschaftskonferenz mit der Annahme ihrer bekannten Resolution zum Betriebsrätegesetz, und diese Durchkreuzung ist denn auch die ausgesprochene Absicht der vom „Korrespondent“ eingeleiteten Protestbewegung! Bei dieser Abwehr sind die Buchdrucker lediglich auf ihre eigene organisatorische Kraft angewiesen. Keine der maßgebenden Arbeiterparteien steht ihnen dabei Unterstützung. Diese Tatsachen geben uns erneut Veranlassung, an die Gesamtgewerkschaft die dringende Aufforderung zu richten, gegen die vom Sozialen Ausschuss einstimmig ausgehende Ausschaltung der Buchdrucker von der gleichmäßigen Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch die Betriebsräte die stärkste Verwahrung einzulegen. Die

Nationalversammlung muß dadurch veranlaßt werden, vor der in Kürze zu erwartenden Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes einen Weg zu suchen, der neben der übrigen Arbeiterkraft auch den Buchdruckern ihre verfassungsmäßige Gleichberechtigung mit den Unternehmern beim Aufbau der neuzeitigen Wirtschaftsordnung gewährleistet!

Volkswirtschaft

Danaiden- oder Kulturarbeit?

Wenn nicht ein Wunder passiert oder politische Vernunft die Herrschaft gewinnt, soll uns nach einem Wunsche von S. v. Gerlach in der „Welt am Montag“ das Jahr 1920 als das „schwärgeste Jahr“ den Bankrott Deutschlands bringen. Leider sind die Ausblicke für Wunder wie für den Sieg politischer Vernunft gleich schwach, viel stärker aber alle Anzeichen für den reifsten Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft. Zumal die neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der Preisentwicklung für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Lebens, wie Brot, Kartoffeln, Zucker, Kohlen usw., lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß es auf der schiefen Ebene der Lebenshaltung für die große Masse des deutschen Volkes immer rarer abwärts geht, während die privatkapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel der wichtigsten Produktionszweige in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Börsenwelt immer rücksichtsloser die Not und den Jammer des deutschen Volkes ausbeuten in der Lage sind.

Im Interesse der Sicherstellung unserer Brot- und Kartoffelversorgung hat die Reichsregierung am 18. Dezember 1919 eine Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln erlassen. Die Beträge, die dadurch den deutschen Landwirten als Prämie für Ablieferung der von deutschem Boden mit Hilfe deutscher Arbeitskräfte erzeugten Nahrungsmittel an das hungernde deutsche Volk ausfließen, laufen in die Milliarden. Die Regierung mußte in den lauren Apfel beißen, denn die Landwirte drohen allen Erntes mit dem Ablieferungsstreik; an die Schaffung einer „Technischen Nothilfe“ als Abwehrtruppe gegen die volksfeindlichen Agrarier hatte man nicht gedacht, und die Zusammenziehung der Reichswehrtruppe soll ja sogar mehr agrarisch als volksfeindlich sein, was mehr der bekannten Bauernschlaue als der Regierung in die Schuhe geschoben werden kann, zumal auch in Arbeiterkreisen auf diesem Gebiete von politischer Vernunft fast gar nichts zu merken war.

Kurz und gut, die Diktatur der Agrarier hat gefaßt. Der Mehlprens ist ab 1. Januar 1920 um 46,50 Mk. pro Doppelzentner erhöht worden. Dadurch steigt der Preis eines Pfundes Brot im Durchschnitt von 35 auf 59 Pf., was erfordert pro Person und Woche eine Mehrausgabe von 1,25 Mk. Dazu kommen dann noch höhere Kartoffelpreise. Denn zu dem seit 15. Dezember v. J. auf 10 Mk. gestiegenen Erzeugerpreise kommen ab 1. Januar 1920 noch Lieferungsprämien von 2,50 Mk. für den Zentner. Auch der Zuckerpreis soll um 25 Mk. für den Zentner erhöht werden; d. h. zunächst nur für den Fabrikanten. Was dieser dann dem Verbraucher von dieser Erhöhung beschert, dürfte erfahrungsgemäß wesentlich höher sein. Dazu kommt nun noch die Nachricht von neuen Kohlenpreiserhöhungen, mit der Kohlenzufuhr geht es wieder rarer abwärts, im Westen und Süden sind schon große Werke dadurch zum Stillstand gekommen. Der Kohlenkommissar geht seiner Wege, aber die preistreibenden Kohlenhändler und die industriellbedingenden Geschäftsgelohnschürmer und Bankfachleute behaupten das Feld. Die Inlandspreise der landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse wie jene der industriellen Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate werden dem Weltmarktpreise „angepaßt“. Wie steht es aber mit den Löhnen?

Auch für sie soll eine Erhöhung Maß großen! Denn, um einen Ausgleich gegenüber diesen Mehrausgaben zu erreichen, und um erneute Störungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden, erachte es der Volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung für notwendig, daß auch die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die Renten, soweit sie sich aus der sozialen Gesetzgebung ergeben, der Verteuerung der Lebensmittel angepasst werden. Die Reichsregierung erhebt von diesem Ausschuss den Auftrag, auf die Landesregierungen, Gemeindeverwaltungen und Unternehmerorganisationen in diesem Sinne einzuwirken. Und auf Un-

regung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen Unternehmer und Arbeiter eine Entschliessung gefasst, wonach die durch die Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln an Landwirte hervorgerufene Verteuerung dieser wichtigsten Nahrungsmittel von den Arbeitern und Erzeugern nicht getragen werden kann, sondern ab 1. Januar 1923 von den Unternehmern getragen wird. Es soll danach jeder Unternehmer jedem Arbeiter nach der Grösse seiner Familie (unter Ausschluss selbst-erwerbender Familienglieder) eine entsprechende besondere Zulage gewähren. Die in Frage kommenden Feststellungen sollen ohne Bezug von den beiderseitigen Organisationsstellen getroffen werden. Die besondere Zulage soll jedem Arbeiter — unabhängig von den Tarifrückfragen — die Möglichkeit verhalten, den durch die Regierungsverordnung vom 18. Dezember erforderlichen Mehraufwand zu bestreiten. Unternehmer wie Arbeiter des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft stimmen darin überein, daß durch die Übernahme dieser Verteuerungslasten der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktionskosten können aber nur durch erhöhte Produktion ausgeglichen werden; soll eine weitere Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland verhindert werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen!

Also lautet der Entschluß einer Entschliessung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft, deren ganzer Wortlaut uns bis jetzt leider nicht authentisch zu Gesicht gekommen ist. Wir sind nur auf Einzelberichte der Tagespresse angewiesen, von denen jeder wieder etwas anders lautet. Wir sind daher auch nicht in der Lage, allgemeingültige Schlussfolgerungen aus dieser Entschliessung für unser Gewerbe zu ziehen. Es wird sich erst noch zu zeigen haben, wie weit der Einfluß und die Macht der Zentralarbeitsgemeinschaft reichen, um ihre diesbezügliche Entschliessung für die ihr angehörenden Kreise zur Anerkennung und Durchführung zu bringen. Von vornherein möchten wir jedoch betonen, daß die hier in Frage kommende besondere Zulage nicht mit den bisher tariflich festgesetzten Verteuerungszulagen im Buchdruckgewerbe in Berechnung gefasst werden kann. Denn diese letzteren sind keineswegs für solche außerordentlich neue Belastungen der Lebenshaltung berechnet. Die industrielle Arbeiterkraft kann und wird diese neue Verteuerung nicht auf sich nehmen. Sache der Zentralarbeitsgemeinschaft in Verbindung mit den Unternehmerorganisationen wird es sein, diesen Zusatz aus eigener Kraft herbeizuführen. Dieser Zusatz muß jedoch unter allen Umständen ohne eine abermalige Erhöhung der Preise für die industriellen Erzeugnisse durchgeführt werden. Denn die besondere Zulage bedeutet für die Arbeiterkraft keine wirtschaftliche Besserstellung und daher auch keine Hebung ihrer körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit. Sie bedeutet gänzlichfalls nur Abwehr einer weiteren Verschlechterung. Würden die Unternehmer versuchen, diese Belastung der Produktion durch weiteres Anziehen ihrer Preisclausuren von sich abzuwälzen, so würde dadurch nur die Lage der Arbeiterkraft verschlechtert, da sie den größten Teil der letzten Verbraucher aller Industrieerzeugnisse stellt. Auch für uns im Buchdruckgewerbe gilt dies. Denn jede weitere Verteuerung der Kosten für unentbehrliche Rohstoffe oder andre Druckkosten erhöht auch die Produktionskosten jener Waren, für deren Produktion oder Vertrieb sie dienen; trifft damit aber auch uns selbst wieder als Warenkäufer. In der Entschliessung der Zentralarbeitsgemeinschaft kommen diese Gedanken in gewissem Sinne ebenfalls zum Ausdruck, indem das Schwergewicht des Aufschlags auf erhöhte Produktion gelegt wird; womit aber wiederum nur den schaffenden Kräften eine weitere Belastung auferlegt wird, ohne jene Kreise zu treffen, die aus der gegenwärtigen Produktionsverfahrenhaft in Wirklichkeit die größten Vorteile ziehen.

Die Reichsregierung hat unter dem Druck der agrarischen Opposition nachgeben müssen, um nicht die Massen des Volkes gerade in der schwersten Jahreszeit noch mehr als bisher der mörderischen Ausbeutung zu überliefern. Sie tat es also in der Hoffnung, den angebotenen Ablieferungsprämien der deutschen Landwirte vermeiden zu können. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird? Calwer, der bekannte Evangelist der freien Wirtschaft, glaubt z. B. nicht daran. Er sieht sogar in dieser Anreizpolitik nur einen Anreiz zur weiteren Zurückhaltung mit immer noch höheren Prämien im Hintergrund. Er sieht den einzigen Ausweg nur in der völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft und in der restlichen Wiedereinführung des freien Handels. Wir dagegen sehen wieder in der Prämienpolitik in der freien Wirtschaft die Möglichkeit einer Verteilung aus der wirtschaftlichen Not unser Tage, sondern nur in einer entschlossenen großzügigen Durchführung einer sozialistischen Produktionsgemeinschaft aller wirtschaftlich und technisch enger zusammenhängenden Produktionszweige, und zwar auch in der Landwirtschaft. Wir stehen in dieser Frage auf dem Standpunkte v. Gerlachs, der es für den schlimmsten Fehler der deutschen Republik hält, daß sie es nicht verstanden hat, ihr Schicksal mit den Interessen der breiten Massen des Landvolkes solidarisch zu gestalten. Mit Recht führt er in einem Aufsatze der „Welt am Montag“ (Nr. 52) folgendes aus: „Wir haben in Deutschland mehr als 3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe unter 2 ha. Alle diese Kleinbauern sind landhungrig. Sie erhoffen von der Republik Aufhebung des Großgrundbesitzes. Jeder letzte danach, vom benachbarten Allertag ein paar Morgen gegen mäßige Entschädigung zugewiesen zu erhalten. Sie sind schon jetzt enttäuscht. Sie werden erbittert werden, wenn sie sehen: die Republik hat uns zwar kein Land, aber Steuern gebracht! Seit der großen französischen Revolution von 1789 gibt es keinen Großgrundbesitz in Frankreich mehr. Die Revolution war für die französischen Bauern die Landbringerin. Das hat sie in ihrem Herzen verankert! Die französische Republik steht deshalb so fest, weil sie im platten Lande wurzelt. Die deutsche Republik ist ein großstädtisches Gewächs. Sie konnte die Kleinbauern haben. Sie hat sie nicht bekommen, weil sie nicht den Mut zu dem „tübischen Griffel“ fand. Heute sagt der Bauer: Was ist mir eine Republik, die 99 Allertäglern in einer Hand behält? Ich kenne alle die wirtschaftlichen Bedenken gegen die Aufhebung des Großgrundbesitzes. Aber ich halte allein für staatsmännlich den Gedanken, den kürzlich der Russe Gultschkow für Russland in einem Interview mit Hans Bork äußerte: Wir brauchen eine ganz radikale Agrarreform, die sogar aus politischen Gründen weit weitergehen müssen, als es im unmittelbaren volkswirtschaftlichen Interesse, zunächst wünschenswert wäre.“

Sinngemäß deckt sich diese Auffassung mit unserer volkswirtschaftlichen Anschauung im allgemeinen, die wir für den neuzeitlichen An- und Ausbau jedes Produktionszweiges hegen. Nur eine sozialistische Zusammenfassung aller wirtschaftlich und technisch zusammenhängenden Produktionsgruppen bietet die Möglichkeit, die Produktion zu steigern und die Wunden zu heilen, die uns der Weltkrieg als Folge der privatrechtlichen Profit- und Erwerbungsirtschaft geschlagen hat. Von der allgemeineren Erkenntnis dieser Notwendigkeit ist man aber nicht nur im Unternehmerlager noch recht weit entfernt. Die weitere ökonomische Entwicklung wird jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit in unserm Sinne wirken. Das zeigen schon die nächsten Konsequenzen der neuen Verbeugung vor der privatrechtlichen Profitwirtschaft der Agrarier. Sie führt zu einer neuen und großen Belastung aller übrigen Erwerbsgruppen, da die durch die Ablieferungsprämien entstehende Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel nur auf deren Schultern abgewälzt wird. Die Zentralarbeitsgemeinschaft ist dadurch gezwungen worden, einen Beschlus zu fassen, der ihr bisheriges Wirken hinter mehr

oder weniger verschlossenen Türen mit einem Schlage vor das Forum der Öffentlichkeit rückt. Die Entschliessung, die eine Übernahme der Kosten der agrarischen Ablieferungsprämien auf die Kosten des industriellen Unternehmertums verkündet, könnte als eine vernünftige Neuverteilung gelten, vorausgesetzt, daß ihre Durchführung auf keinen Widerstand gerade in Unternehmerkreisen stoßen wird. Wir können uns jedoch des Einbruchs nicht erwehren, daß in der betreffenden Entschliessung noch die Richtung ein gewisser Vorbehalt gegeben ist, indem die Übernahme dieser Verpflichtung mit der Bedingung einer höheren Arbeitsleistung seitens der Arbeiterkraft verbunden wurde. Auch wir sind zwar der Ansicht, daß es Pflicht des Arbeiters ist, das Seine dazu beizutragen, um unser Volk aus dem Elend herauszubringen. Aber wir sind auch zu der Frage berechtigt, ob denn die Arbeitsleistung wirklich so groß, wie sie von Unternehmerseite immer noch dargestellt wird? Wenn man die Unternehmerpreise durch, so könnte man beinahe annehmen, daß in neuerer Zeit die Unternehmer nur noch dazu da seien, den ständig fallenden Arbeitslöhnen schweren Lohn auszusablen und dafür selbst zu darben. Es wäre uns ein seltsames, eine ganze Reporelliste von Nachweisen des Gegenteils zu bringen, aus denen hervorgeht, daß die Unternehmer im allgemeinen trotz angeblicher Arbeitslosigkeit der Arbeiterkraft immer höhere Profite einfischen. So lag die sogenannte Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern immer teilweise zu Verbindungen ausgeartet, in denen auf Kosten der Verbraucher Preissteigerungen empfindlicher Art zulage getreten ist. Die Zustimmung der Arbeitervertreter zu solchen Preissteigerungen erfolgen zwar meist nur deshalb, weil sie unter dem Drucke stehen, für ihre Mandatgeber nur durch die Zustimmung für eine Preissteigerung eine Verbesserung zu erzielen. Ihre Zustimmung wird aber von den Unternehmern verlangt, ohne daß sie den Arbeitervertretern Gelegenheit geben, die Berechtigung oder Notwendigkeit der geforderten Preissteigerung an der Hand der Geschäftsbücher nachprüfen zu können. Diese Tatsache belastet die Unternehmer allein mit der moralischen Verantwortlichkeit und gibt außerdem zu berechtigten Zweifeln in die Berechtigung der Preissteigerungen allen Anlaß. Und in dieser Entwicklung zeigt sich der Charakter der Danabearbeit, der dem ganzen Schicksal des arbeitenden und trotzdem hungernden Volkes in Deutschland seinen Stempel aufdrückt. Die fortgesetzten Preissteigerungen eilen den Lohnsteigerungen in immer rascherem Tempo voraus. Auch jetzt scheint wieder eine neue allgemeine Preissteigerung der industriellen Erzeugnisse im Anmarsch zu sein. Eine unkontrollierbare Anpassung an die Weltmarktpreise scheint immer tollere Blüten zu treiben. Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft lacht nun dieser wahnwitzigen Profitwirtschaft eine gewisse Hemmung aufzuerlegen. Leider fehlt aber diesem Vorlesche noch das Wichtigste, die Sanktion der Unternehmerorganisationen. Erkennt das deutsche Unternehmertum diesen Beschlus der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht an, so wird damit das Todesurteil über die Zentralarbeitsgemeinschaft verhängt. Das Maß von Vertrauen, das sie innerhalb der Arbeiterkraft genießt, ist nicht allzu reichlich; ihre Wirksamkeit ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt geworden. Gelingt es ihr nicht, sich nun in dieser allgemeinen und wichtigen Frage durchzusetzen, dann dürfte die Zeit des „goldenen Brückenbauens“ zwischen Kapital und Arbeit endgültig vorbei sein. Wie lange dann noch das Chaos der Danabearbeit dauern wird, ehe wir in Deutschland zu wahrer Kulturarbeit übergehen können, wird weit weniger von der Eignigkeit des Unternehmertums als von jener der Arbeiterkraft abhängen. Die zunehmende Not der Zeit wird eine immer strengere Mahnerin werden. Möge die deutsche Arbeiterkraft, auf deren Arbeitskraft alles ruht, was wir zu gewinnen oder noch zu verlieren haben, diese Zeichen der Zeit erkennen, ehe es zu spät ist!

Zwiebelsäcke

komisch, vom Elend verhindert zu sein, über das Elend zu schreiben! Der wenigen gewissenhaften und verständlichen Menschen einer, denen man in diesen Zeiten noch begegnen kann, ist — der Gasabreher. Punkt 9 Uhr abends geht er mit (und andre) in Dunkelarell. So kommt es, daß ich trotz Alkoholfestigkeit — fast der einzigen, allerdings sehr nebenswerten Erungenschaft der Revolution — bei Tage kaum mehr dazu komme, mich mit etwas andern zu beschäftigen, als was mit des Lebens Notdurft direkt zusammenhängt, z. B. zu dem im „Korr.“ behandelten Fragen.

Woll ein bekannter Berliner Kollege, der sich kürzlich im „Korr.“ mit einem Schwerdächer gegen seine Sparte auseinandersetzt, als die Hauptfrage betrachte, den Namen des Gegners zu kennen — darf man denn nicht mehr behaupten sein? —, will ich mich, damit mir nicht der gleiche Vorwurf gemacht werde, vor allen Dingen erst einmal mit spanischer Granadessa vorstellen.

Doch, da fällt mir ein, bei dem demokratischen Schwanzwälder Volkszirkel der Gaszähler es sehr kritisch gefunden zu haben, daß die Kulturvölker (welches Wort der Genannte wie eine verstaubte Erbschaft in Gänzlichkeiten gibt), ehe sie ein paar Worte miteinander wechseln, sich erst gegenseitig vorstellen zu müssen glauben.

In der Tat, legt ein am Verließ, in einem Eisenbahnabteil, auf der Plattform der Straßenbahn oder gar im „Café Weißbrot“ gelistetes Gespräch wirklich die unbedingte Notwendigkeit voraus, daß man auf alle Fälle zunächst wissen muß, „mit wem man es zu tun hat“? Muß es nicht im Gegenteil vorzuziehen für beide Teile sein, wenn die — natürlich in angemessener Form ge-

führte — Unterhaltung sich von der Tanzbodenhöflichkeit emancipiert? Will was Gefestigt man es zu tun hat, läßt sich doch den Auerungen entnehmen; wer dies nicht vermag, dem nützt es auch nichts, selbst wenn er den ganzen Stammbaum seines Gegners kennt.

Ich würde, um einem langgeschliffenen dringenden Bedürfnis abzuhelfen, vorschlagen, daß die Verfasser der Artikel im „Korr.“, auch der Korrespondenzen, ihre Photographie mit einbringen. Die Redaktion hätte davon ein Kollage, etwa in Briefmarkenformat, herstellen zu lassen, das an der Spitze des betreffenden Artikels oder der Korrespondenz mit zum Abdruck kommen müßte. Da bekanntlich die Handschrift auf den Charakter schließen läßt, wäre weiter zu empfehlen, unter dem Konterfei das Faksimile des Schreibers anzubringen. Der „Korr.“ würde folcherart zu einer illustrierten Zeitung werden, was gewiss des allgemeinen Beifalles sicher sein könnte.

Fahren wir in meiner Vorstellung weiter fort! In meiner Eigenschaft als Aufwärmer bin ich von einigen überwollenden Freunden in Aussicht genommen als Zentralvorwärtender der nächsten aus der Taufe zu hebenden Sparte der „Zwiebelsäcke“.

Zu den Kindern meines Lehrprinzips verhält ich dessen Sprößlingen mehr als einmal durch Wegräumung unangenehm empfundener Hindernisse zur Wiedererlangung der Signifikanz. Und wahrscheinlich zum Danke dafür ließ man mir eine sorgfältige Ausbildung in meiner Aufwärmerfähigkeit angedeihen.

Mit meiner Wenigkeit macht unser Personal gerade ein Wäckerndes aus: dreizehn; bekanntlich eine Unglückszahl. Nur zwölf davon sind Weibchen. Ich gelte als Stütze des Geschäfts. Den Faktorpfeifen beheldet nicht, wie man wohl anzunehmen geneigt sein wird, der

älteste Vorfahr, sondern, der Speck geht herum, um dem demokratischen Prinzip auch schon unter den Lehrlingen Eingang zu verschaffen. Es ist eine Art Käseförmel. Den „richtigen Mann“ auf jederseitigen Abruf herauszufinden, ist keine leichte Sache. „Auf den Kopf gefallen“ ist nämlich keiner unserer Stille. Jeder von ihnen brüsst über Artikel, mit denen sie die kommende Lehrlingszeitung zu bombardieren gedenken; z. B.: „Die heutige Druckfarbe, ein kosmetisches Parfüm“; „Erhöhung der Brot-, Fleisch- und flüssigen Rationen für die Schwer- und Schwerstarbeiter“; „Größerer Schutz den Wucherern, Schleichern und Schleichhändlern durch Verhängung der Todesstrafe über solche, welche deren aufreißende Tätigkeit erschweren“; „Bekämpfung der überhandnehmenden Genügsamkeit bei den Eisenbahnern“. Der jüngste Stilk behandelt (und verortet damit den zukünftigen Finanzminister) die Frage „Mittel gegen das rapide Emporsteigen der deutschen Marktwerte“ die Verlebensänglichkeit der Erwerbswerke von „Kulterhausen“. Ein anderer müht sich ab, an Hand des Weltmannlichen Auspruchs „Freie Bahn dem Tüchtigen“ darzutun, daß man selbst auf Ministerwerke nicht bauen kann, weil infolge Einstellung des Eisenbahnverkehrs überhaupt niemand mehr freie Bahn habe.

Am auf den „belagten Sammel“, die Zwiebelsäcke-Sparte, zurückzukommen, möchte ich über die Verfassung dieser neuen Sparte noch etwas sagen. Sie muß selbstredend auf breiterer demokratischer Grundlage und paßt sich der heutigen geistigen Verfassung des deutschen Volkes im allgemeinen und des deutschen Arbeiters im besonderen so gut als möglich an.

Da der § 1 des Verbandsstatuts (der sogenannte Neutaktatparagraf) bei gewissen Leuten mit einem gewissen

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

S. Arnstadt (Schür.). In der letzten Monatsversammlung des Ortsvereins fand zunächst eine schlichte Gedächtnisfeier für drei gefallene Kollegen statt, welche auf einer Denksäule im Vereinslokal verewigt wurden. Außerdem begrüßte man zwei aus der Gefangenschaft zurückgekehrte Kollegen. Des weiteren wurde allgemein der nächste Ausdruck gegeben, daß es an der Zeit sei, Erfurt, Arnstadt, Ilmenau und Suhl zu einem Arbeitsgebiete zu vereinigen, wie schon diesbezügliche Anträge gelegentlich der Bezirksversammlung in Erfurt gestellt worden waren, um in den Genuss von 12½ Proz. Lokalzuschlag zu gelangen, denn in den drei genannten Städten ist alles genau so teuer wie in Erfurt.

Berlin. (Generaterversammlung am 3. Dezember.) Tagesordnung: Situationsbericht. Wahlen des Gauvorstandes, des Kassierers, Verwalters, der Vereinsboten und der verschiedenen Kommissionen. Änderungsanträge zum Statut usw. Zum Situationsbericht gab Kollege Massini einen kurzen Überblick über die jüngsten Vorkommnisse im Organisationsleben und ging dann näher auf die Aufgaben der bevorstehenden Gauvorsteherkonferenz sowie der Tarifauschüsse ein. An der kurzen Debatte beteiligten sich die Kollegen Koffe, Gabben und Lütge. Die Wahlen zum Gauvorstand ergaben Wiederwahl der bisherigen Vertreter. An Stelle eines ausgeschiedenen Schriftführers wurde Kollege Otto Schulz gewählt. Für den vierten Bezirk ist Kollege Wolf als Bezirksleiter neu gewählt worden. Ein Protest wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei dieser Wahl wurde dem vierten Bezirks zur Prüfung überwiesen. An Stelle der ausgeschiedenen Druckerkollegen wurden die Kollegen Milzberg und Sulz neu gewählt. Die Kollegen von der Opposition hatten für sämtliche Posten Gegenkandidaten aufgestellt, welche von der Versammlung mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Aber die gewählten Vertreter soll nach Beschluß der Versammlung nochmals durch Abstimmung in den Bezirken abgestimmt werden. Nach diesem Beschlusse forderte Kollege Rapp die Mitglieder der Opposition auf, das „Theater“ nicht mehr mitzumachen und den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung folgten trotz Abrens eines andern Oppositionskollegen etwa 20 Kollegen. Kollege Massini stellte hierbei fest, daß diese Kollegen nicht gewillt seien, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, sondern dann, wenn ihnen ihr Wille nicht getan wird, nach Hause gehen. Die Vereinsboten und Kommissionen wurden ebenfalls wiedergewählt. In die ordentliche Revisionskommission wurde an Stelle eines ausgeschiedenen Kollegen der Kollege Reng gewählt. Die Remunerationen wurden für die Schriftführer auf jährlich 150 Mk., für den Vorsitzenden des Schiedsgerichts auf 300 Mk. festgesetzt. Die Vereinsangestellten wurden bestätigt. Die zum Statut gestellten Änderungsanträge wurden nach kurzer Debatte mit dem Hinweise, daß sie eine Änderung des Verbandsstatuts bedingen und zur Generalversammlung des Verbandes gestellt werden müssen, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Einige Anträge, welche sich mit der Besserstellung der erkrankten Kollegen und der Annullierung des Malinefonds befaßten, wurden zurückgestellt, um erst die Ergebnisse der Gauvorsteherkonferenz und der Tarifauschüsse abzuwarten.

Breslau. Eine außerordentliche Generalversammlung am 4. November überwies neun Kollegen dem Gauvorstand zur Aufnahme. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Jenke gewählt. Die Erhebung des Extrabeitrags von 1 Mk., aus dessen Erträgen die Arbeitslosen, Kranken und Invaliden eine wöchentliche Extrazuschussung von 5 Mk. erhalten, wurde für ein weiteres Vierteljahr beschlossen. Dem Kollegen Paul Langner

wurden Glückwünsche zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum entgegengebracht. Zum Schluß konnte der Vorsitzende noch bekanntgeben, daß es uns gelungen ist, mit dem hiesigen Prinzipalsverein eine Vereinbarung über die Beibringungsforderung zu erwirken, wonach die Lehrlinge im ersten Lehrjahre 16, im zweiten 17, im dritten 19 und im vierten Lehrjahre 20 Mk. erhalten.

Danzig. Unser Ortsverein konnte in diesem Jahr auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde am 9. November eine Festlichkeit veranstaltet, zu welcher die Kollegen nach dem langen entbehrungsreichen Kriegsjahren sich wieder vollständig zusammenschlossen. In seiner Begrüßungsansprache wies Vorsitzender Radke auf die Schwierigkeiten hin, die unser Ortsverein in dem Vierteljahrhundert zu bestehen hatte. Nur der enge Zusammenhalt unter Kollegen hat es vermocht, sie zu überwinden und zu dieser Höhe zu bringen. Redner gedachte ferner der Toten, die der Weltkrieg von unserer Seite gerissen hat, und schloß mit der Mahnung, frei und fest zum Verba zu halten. Namentlich jetzt, wo man ver sucht, die Einigkeit auch in unsre Reihen zu fragen, werden wir zeigen müssen, daß wir gute Gewerkschafter waren und auch weiterhin sein wollen. Sodann brachte unser Gauvorsteher Jango in kurzen, kernigen Worten seine Glückwünsche dar. Auch eine Festrede, die den Werdegang des Ortsvereins schildert, wurde herausgegeben.

Darmstadt. Die Bezirksversammlung am 22. Dezember war sehr gut besucht. Nach Kenntnisgabe einiger Mitteilungen hielt unser Bezirksvorsitzender Häfner ein längeres und ausführliches Referat über: „Gauvorsteherkonferenz und Tarifauschüsse“. Er ließ all die auf beiden Sitzungen gefaßten Beschlüsse Revue passieren und erwähnte am Schluß seiner Ausführungen, den Maßstab einer gerechten und keiner unvernünftigen Kritik anzulegen. Auch brachte der Vortragende eine Entschließung der Leipziger Kollegenchaft in gleicher Sache zur Kenntnis der Versammlung, um derselben Gelegenheit zu geben, auch hierüber ihre Meinung zu äußern. Nach eingehender und sachlicher Diskussion — auch die Leipziger Entschließung wurde eingehend besprochen — schritt der Vorsitzende zur Abstimmung. Einstimmig wurden die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz und des Tarifauschusses angenommen, während die Leipziger Resolution nicht den geringsten Anhang fand. Den Bericht des Gewerkschaftsrates erstattete in kurzer, prägnanter Weise Kollege Bernasconi. An unerschütterlicher Not geratene Kollegen resp. deren Familien wurden zum Feste der Liebe Geldbeträge bewilligt, ebenso an Konditionslose und Kranke. Unser Punkt „Verchiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Mit dem Hinweis, immer so zahlreich zur Stelle zu sein, das Ertrugene mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen und ein frohes Fest und besseres 1920 in wirtschaftlicher Beziehung wünschend, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

ch. Hannover. Um die Berichte von der Gauvorsteherkonferenz und von der letzten Tarifauschüsse entgegenzunehmen, hatten sich die Kollegen in unserer Mitgliederversammlung am 16. Dezember im großen Saale der „Königswohnung“ wieder sehr zahlreich eingefunden, überhaupt hat das Vereinsleben in der letzten Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Mücke in warmen Worten wieder drei durch Tod aus unsren Reihen geschiedener Mitglieder: des Seherinvaliden Wilhelm Schulz, der während seiner 50jährigen Verbandsausgeübtheit es nicht einmal notwendig gehabt hat, die Kassen des Verbandes in Anspruch zu nehmen; des Druckers Wilhelm Kummer, der an den Folgen des Feldzugs gestorben ist, und des Glebers August Schira. Die Versammlung ehrte das Andenken in der üblichen Weise. Sodann machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß wei-

tere 13 Kollegen aus englischer Gefangenschaft, im ganzen jetzt 42, zu uns zurückgekehrt seien und begrüßte sie aufs herzlichste. Dabei den Wunsch ausprechend, daß sie als Mitkämpfer in unsern Reihen jedenfalls eine größere Genugtuung haben würden als an dem graulichen Völkermorden. Zur Aufnahme in den Verband hatten sich wieder fünf Kollegen gemeldet, während ein Mitglied, ein abgehender Faktor, seinen Austritt erklärt hat. Während hier am Platze noch mehrere Maschinenmehler arbeitslos sind, haben es zwei Mitglieder in einer hiesigen Druckerei doch nicht unterlassen können, derartig viel Überstunden zu machen, daß sich der Vorstand veranlaßt sah, hiergegen einzuschreiten, auch wird sich die nächste Versammlung mit den betreffenden Mitgliedern zu beschäftigen haben. Ein Mitglied von fünf noch in einem hiesigen Reservelazarett befindlichen Kollegen um eine Weihnachtsbesuche wurde dahin erwidert, daß denselben die gleiche Zuwendung wie den Arbeitslosen und Berufsaufstehenden (je 20 Mk. und ihren Kindern je 5 Mk.) aus der Lokalvereinskasse überreicht werden soll. Hierauf erhielt unser Kreisvertreter, Kollege Rosenbruch, das Wort zu dem „Bericht über die letzte Tarifauschüsse“. Redner schilderte zunächst die Schwierigkeiten, welche zu überwinden gewesen wären, um überhaupt zu einer Verhandlung zu kommen, und gab dann einen ausführlichen Bericht von den Verhandlungen selbst. An die mit Unmerklichkeit verfolgten und mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine sehr rego Aussprache, in welcher vor allem unsern Vertretern der Dank für ihre Mithewaltung ausgesprochen wurde, obgleich man gehofft und gewünscht hätte, daß unsern Anträge, welcher sich wohl auf der Mittellinie gehalten habe, zugestimmt worden wäre, denn durch die jetzige Erhöhung sei wohl einigmaßen ein Ausgleich geschaffen, aber an die Neuanstellung von Arbeitslosen, welche jetzt so ziemlich aufgebraucht sei, könne bei den enormen Preisen immer noch nicht gedacht werden. Unre Prinzipale, besonders die Besitzer von Tageszeitungen, machten aber durch die Erhöhungen der Abonnement- und Inseratenpreise nach jeder Zenerungsauflage ein ganz annehmbares Geschäft. In seinem Schlusswort gab der Referent dann noch recht interessante Erklärungen über unsre Wirtschaftslage, welche ebenfalls sehr aufmerksam aufgenommen wurden. Der vorgedachte Fest und wegen der herrschenden Kälte im Saale konnte der Bericht von der Gauvorsteherkonferenz nicht mehr entgegengenommen werden. Dieser soll in der nächsten Mitgliederversammlung gegeben werden. Der Vorsitzende schloß hierauf die sehr anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, auch in Zukunft immer recht regen Anteil am Vereinsleben zu nehmen und die Versammlungen zu besuchen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Offene Stellen für Gewerkschaftssekretäre. Die Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld (etwa 60000 Mitglieder) sucht für sofort einen wacklen Sekretär. In Rechtsauskunft bewanderte und rednerisch befähigte Kräfte wollen ihre schriftliche Bewerbung bis 8. Januar an das Sekretariat der Gewerkschaftskommission Barmen, Allee 237, senden. — Das Gewerkschaftscharoll Schönebeck a. d. E. sucht zum sofortigen Antritt einen Arbeitersekretär. Bewerber müssen in den Fragen des Arbeiterrechts bewandert, fünfjährige freigewerkschaftliche Mitgliedschaft nachweisen, agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen sowie rednerisch befähigt sein. Die Bewerbung muß Nachweise über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen und ist bis 15. Januar an den Gewerkschaftscharollvorsitzenden Franz Hartung in Schönebeck a. d. E., Steinstraße 23, zu richten. — Das Gewerkschaftscharoll Mansfeld (Sitz Eisleben) sucht sofort einen Gewerkschaftssekretär. Vertretungsbefähigt vor den Ver-

odum befaßt ist, fehlt er in unserm Statut gänzlich. Dieses beginnt gleich mit § 2, der folgenden Wortlaut hat: „Fester tut, was er will; doch auch dazu ist niemand verpflichtet.“ Wo in aller Welt ist die Freiheit in dem Maße gewahrt wie hier, wo man nicht einmal verpflichtet ist, das zu tun, was man selbst will?

Wetter sei noch verlesen, daß mindestens vierteljährlich ein Kongreß oder eine Generalversammlung der Sparte stattfinden hat; in Schaffhausen kann noch eine fünfte hinzukommen. Außerdem rücksichtsvoll, gewissermaßen den Gipfelpunkt des so oft geforderten Mitbestimmungsrechts erreichend, ist die Verteilung auf den Generalversammlungen geregelt: auf jedes Mitglied entfallen zwei Delegierte. Um den Gedankenaustausch möglichst lebhaft zu gestalten, können mehrere Redner gleichzeitig das Wort nehmen.

Weit vorwärtschreitender und fürsorglicher als im Verbandsstatut ist in dem der Zwiebelbischeparte die Frage der Zenerungszulagen reglementiert, und zwar in der Weise, daß die Provinz stets das Doppelte von dem erhält, was die Großstädter bekommen. Nach gleichen Billigkeitsgründen ist auch die Beitragsleistung geregelt: die Provinzler zahlen nur die Hälfte. Auch bezüglich der Lokalzuschüsse kommt man bei uns eine Bevorzugung der Großstadt und eine Zurückziehung der Provinz nicht. Die Regelung richtet sich nämlich nach dem deutlichen Alphabet. Die Städte unter A bekommen ein, unter B zwei Prozent und so fort. Die sonst so zahmen und in alles geduldig sich schweigenden Berliner Kollegen machen anfänglich zwar heftige Opposition, drehen sogar mit dem Berliner Vollzugsrate, der in dieser Dingen keinen Spaß versteht, aber zur rechten Zeit kam einem sündigen Sprez-Alibener der seltsame Einfall, Berlin in „Zwocheheim“ umzutauften. Auf diese

Weise bestehen sie ihre 25 Proz, und obendrein einen besonderen Intelligenzzuschlag (zum Unterschrieb von Konkurrenzanschlägen seligen Angedenkens).

Ein Umstand jedoch berechtigt in unsrer Zwiebelbischeparte zu großer Sorge, denn dieser trägt jedenfalls den Keim zu ihrem plötzlichen Zerfall in sich. Schon in der konfliktierenden Versammlung hielt es schwer, die verschiedenen Auftragsarten unter einen Hut zu bringen. Zwar ist es vorläufig gelungen, die „Wissenschaftler“ oder „Fremdsprachler“ (d. h. diejenigen, die ausschließlich wissenschaftlichen Sach anfragen) von ihrer Absicht, eine besondere Sparte zu gründen, abzubringen, es war dies aber nur möglich, nachdem ihnen eine ausreichende Vertreterzahl im Vorhande zugebilligt worden war. Der selbige Standesbühnel!

Auch die Formatunterschiede verlangten diätatorisch nach Berücksichtigung. Es wurde angeregt, die 20 Clerobrette als Grundlage zu nehmen und von dieser Formbreite ab aufsteigend cirowelle größere Berücksichtigung gegenüber den „Unterwanzigern“ zu verlangen.

Der immer mehr wahrnehmbaren Erscheinung, daß in den Versammlungen heute zumeist das junge Element den Ton angibt, wurde gebührend Rechnung getragen in der Zwiebelbischeparte. Von der Annahme ausgehend, daß die Schwaben und andre Leute erst vom 40. Lebensjahr an geschäft werden — oder auch nicht —, sind die Versammlungsteilnehmer in zwei Klassen eingeteilt, in Redner und Hörer: von 13 bis 20 Jahren ist man Hauptredner; dann folgen bis zu 40 Jahren mehrere Abstufungen. Als Bierziger tritt man unwiderruflich in die Hörerkategorie ein. Übermäßig demokratisch ist das zwar nicht, aber man muß Borkündnis dafür haben, daß der „neue Geist“ kaum

andere wirksam vor alldatemen Ansichten geschäft werden kann.

Es versteht sich von selbst, daß unsre auf so hypermoderner Grundlage errichtete Sparte sich nur mit einer Räteorganisation à la Böttcher (Leipzig) illusorisch parodon „solidarisch“ erklären kann. Nachdem die Betriebsräte zu Wasser zu werden drohen, soll die Sparte der Zwiebelbischeparte zur Stammorganisation des Graphischen Industrieverbandes und somit zum alleinigen Verbindungs- und Verbindungsorgan aller graphischen Böttcher werden. Seit uns, die wir vom kleinste Zwiebelbischeparte besetzen sein werden, den größten Zwiebelbischeparte den Welt zusammenzufügen nach dem Muster des Leipziger Scherbelberges, der ja auch aus kleinsten Anfängen emporgewachsen und gestunken ist. Damit haben wir erst unsre eigentliche Berufung erhalten, und wenn unser Licht auch ausnahmsweise nicht in Pöste-Althen aufgegangen ist, so viel steht doch fest: Wenn gute Schwarzwälder Zeit frei nach Sansjahn mit Leipziger Revolutionspöschbörgerromantik zusammengeliefert wird, dann erst ist der richtige Zwiebelbischeparte fertig! Jeder wahre Sakob wird seine Freude daran haben.

Zittere, Welt, wenn dieses Ereignis eintritt! Erlebe ich vor jähem Schrecken, die Verbandsbongen, wenn die Zwiebelbischeparte erst aktiv mitraten und -stufen! Aus wird es dann leit mit der Tarifbulet — ein jeder wird sein eigener Diätator; mabegegend bleibt einzig und allein nur die Zwiebelbischeparte. Sic transit gloria mundi!

Daß es bald anders kommen möge, ist der aufrichtige Wunsch des trotz alledem nicht mit hoffnungslosem Zwiebelbischeparte das neue Jahr im Leben „Starr.“ begrüßenden
A. H. (Freiburg i. Br.)

...süßern, gewerkschaftliche Erfahrungen, sozial...
 ...die Hauptfragen der Bergarbeiterfrage zu erledigen...
 ...die bei der Kenntnis der einschlägigen Gesetze...
 ...die Verteilung erfolgt mit 700 Mk. Monats...
 ...Bewerbungen sind unter der Aufschrift...
 ..."Vom Krieg" so rasch wie möglich an Anton Puffen in...
 ...Gleichen, Markgrafenstraße 21, zu richten. Die Beilegung...
 ...des herab Bericht über bisherige gewerkschaftliche...
 ...in Gewerkschaftsleben ist erwünscht. — Das Ge...
 ...wecklichheit in Guben sucht für seine Rechtsauskunft...
 ...ein erfährlicher Sekretär nach den Bedingungen des...
 ...Arbeitsvertrags; Antritt sofort. Bewerbungen mit...
 ...Ankündigung der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewe...
 ...10. Januar an Max Hoffmann in Guben (N.-L.),...
 ...Poststraße 4 I, zu richten.

...heitliche Tarifverhandlungen. In der heramischen...
 ...Industrie sind mündliche Verhandlungen über den Ab...
 ...für ein neues Tarifvertrags, die seit 10. Dezember in...
 ...Leipzig im Gange waren, resultatlos abgebrochen worden.
 ...Die Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung wurde von den...
 ...Unternehmern scharf abgelehnt, weil sie den Ruin auch...
 ...der am besten hunderten Firmen zur Folge haben müßte,
 ...anßerdem die Kapitalflucht der feinkamerischen In...
 ...dustrie herbeiführen würde, was im Interesse beider Teile...
 ...zu vermeiden sei. Auch die Bezahlung von Preisrückstellungen...
 ...wurde als unannehmbar bezeichnet. Der Bergarbeits...
 ...arbeiter sollte besonders eng gezogen werden. Die ge...
 ...höchsten Mindestlohnätze wurden in einer Sonderberatung...
 ...der Unternehmer wesentlich herabgesetzt. Dem Verban...
 ...de Bergarbeiter wurde die Wahrnehmung der Inter...
 ...essen ihrer Mitglieder in der feinkamerischen Industrie...
 ...abgeschoren. In allen Betrieben, wo weniger als...
 ...48 Stunden wöchentlich gearbeitet wird, soll die Arbeits...
 ...zeit wieder entsprechend vermindert werden. „Normal...
 ...höhe Löhne sollten herabgesetzt oder abgebaut werden.
 ...Die Arbeitgebervertreter stellen fest, daß die Verkaufspreise...
 ...der heramischen Industrie um durchschnittlich 800 Proz...
 ...gestiegen sind, während für die Arbeiter nur eine Lohn...
 ...erhöhung um 200 Proz. zu verzeichnen sei. Trotzdem...
 ...kam es zu keiner Verständigung; die Arbeiter zogen eine...
 ...vertragslose Zeit gegenüber den Zumutungen der Unter...
 ...nehmer als das Bessere vor. — Auch in der Holzindustrie...
 ...ist nach fünfmonatlichem Verhandeln über einen Reichst...
 ...tarif keine Einigung zustande gekommen. Die Unternehmer...
 ...haben den Tarif in ihrer Generalversammlung abgelehnt.
 ...Bestimmungen über die Befugnisse der Arbeiterverschüsse...
 ...und über die Regelung des Schulungswesens schienen ihnen...
 ...unannehmbar; obwohl der Schutzverband der Unternehmer...
 ...sich anfänglich damit einverstanden erklärt hatte. In...
 ...zwischen hat der Holzarbeiterverband alle Dispositiv...
 ...geknüpft und neue Verhandlungen über einen Reichst...
 ...tarif beantragt. Am 12. Dezember traten die Parteien wieder...
 ...zusammen. Hier erklärten die Unternehmer, daß sie wohl...
 ...Bereit seien, über einen Reichst...tarif gesondert zu verhandeln,
 ...daß aber die Lohnfrage scharf geregelt werden sollte.
 ...Darauf konnten die Arbeitgebervertreter nicht eingehen; sie...
 ...erklärten in dem Verhalten der Unternehmer eine Ver...
 ...schleppungstaktik und verdrängten auf Weiterverhandlungen.
 ...Sie wollten nicht noch einmal das gleiche Theater mit...
 ...machen wie im vorigen Sommer. Auch damals hatten...
 ...die Unternehmer keine genügenden Vollmachten. Und als...
 ...schließlich trotzdem alle Hindernisse beseitigt waren, sogar...
 ...Unparteiliche zweimal ein Urteil gefällt und die Vertreter

...beider Parteien dem Vertrage bzw. Schiedsentscheidungen zuge...
 ...stimmte hatten, wurde er schließlich doch noch von der...
 ...Generalversammlung der Unternehmer verworfen. Es scheint...
 ...nunmehr sehr zweifelhaft, ob es überhaupt noch zu gene...
 ...ralen Verhandlungen kommt. Die Holzarbeiter werden...
 ...sich nun bemühen, ihre Forderungen drücker zur Anerkennung...
 ...zu bringen, was zur Folge haben dürfte, daß die...
 ...Lohnbewegungen im Holzgewerbe noch größeren Umfang...
 ...als bisher annehmen werden.

Geschenkurf einer Reichsarbeitslosenversicherung.
 Ein im Entwurfe vom Reichsarbeitsministerium ab...
 ...geschlossenes Gesetz über die Arbeitslosenversicherung um...
 ...faßt 117 Paragraphen. Versicherungspflichtig sind...
 ...von 16. Jahr ab Arbeiter, Bedienten, Gelehrten, Betriebs...
 ...beamte, Werkmeister und andre Angestellte in ähnlich ge...
 ...hobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfen in...
 ...Apotheken, Bibliotheken und Orchestermitgliedern ohne Rücksicht...
 ...auf den Kunstwert der Leistungen und die Schiffs...
 ...besatzung deutscher Seefahrzeuge oder Fahrzeuge der...
 ...Binnenflotten. Arbeitslosenunterstützung erhält...
 ...wer mindestens sechs und zwölf Monaten vor Eintritt der...
 ...Arbeitslosigkeit 26 Wochen hindurch Beiträge geleistet...
 ...wenn er arbeitsfähig ist, aber nach Bescheinigung durch...
 ...den Arbeitsnachweis eine passende Arbeit innerhalb drei...
 ...Tagen seit Verlassen seiner letzten Arbeitsstelle nicht ge...
 ...funden, und während des laufenden Kalenderjahrs seinen...
 ...Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von...
 ...insgesamt 13 Wochen noch nicht erschöpft hat. Arbeits...
 ...losenunterstützung wird nicht gewährt, wenn der Versicherte...
 ...keine Stelle infolge eines Streiks verloren hat, für...
 ...die Dauer des Streiks, oder seine Stelle freiwillig ohne...
 ...fristigen Grund aufgegeben hat, oder wegen schuldhaften...
 ...Verhaltens entlassen wurde, oder wenn dem Versicherten...
 ...eine passende Beschäftigung nachgewiesen wurde und er...
 ...diese ohne fristigen Grund nicht angenommen oder bei...
 ...angenommenen sie nicht angetreten hat. Die Unter...
 ...stützung wird vom dritten Tage der Arbeitslosigkeit ab...
 ...in Höhe des Ortslohns (§ 149ff. der RVO.), der am St...
 ...tage maßgebend ist, gewährt, sie kann ganz oder zum...
 ...Teil verlagert werden, wenn der Versicherte die St...
 ...durch eine strafbare Handlung geschädigt hat, die mit Verlust...
 ...der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, wenn er wieder...
 ...holt wegen Trunksucht oder geschlechtlicher Aus...
 ...schweifungen arbeitslos geworden, oder sich böswillig der...
 ...Überwachung entzogen hat. Der Reichsarbeitsminister ist bere...
 ...chtigt, Anordnungen zu treffen und Einrichtungen zu unter...
 ...stützen, die Verhütung von Arbeitslosigkeit zum Gegenstand haben.
 ...Die Mittel hierzu werden aus einer gemeinsamen Rück...
 ...lage bestritten, zu der jede Klasse ein Sechstel der Jahres...
 ...nahmen aus den eingegangenen Beiträgen beizuführen hat.
 ...Als Träger der Arbeitslosenversicherung werden Arbeits...
 ...losenklassen errichtet, welche den allgemeinen Driskran...
 ...kassen angegliedert werden. Für die Mitglieder knapp...
 ...schafflicher Krankenkassen kann die Arbeitslosenkasse der...
 ...knappschafflichen Klasse angegliedert werden. Die Auf...
 ...bringung der Mittel erfolgt in der Weise, daß die Unter...
 ...nehmer und die Versicherten für jede Woche zu gleichen...
 ...Teilen Beiträge entrichten. Die Beiträge des Reiches...
 ...und des Gemeindeverbandes betragen je ein Viertel der...
 ...eingegangenen Beiträge der Unternehmer und der Ver...
 ...sicherten zusammen.

Briefkasten
 N. L. in N.: Sie werden mit einem Leipziger Kollegen demnachst...
 ...dazu das Wort erhalten; ältere Sachen und namentlich schon recht

...alle Versammlungsberichte verlangen zuvor nach Berücksichtigung...
 ...A. und B. in 2. — Für jugendliche Herren, kindlich doch sehr...
 ...was die eine Gruppe in dem alten Buchdruckereibetriebe...
 ...an, der Dank, er soll leben, worin es im weiteren heißt: „Und...
 ...nicht bezogen, was mich recht unruhig, bei dem was ich...
 ...doh er die stündlich verließ. Das „bisherige“ auf 20...
 ...prüfen“ hat für die Öffentlichkeit sein Brennen in...
 ...in Barmen: Es muß lebhaft der Mitglieder...
 ...behalten bleiben, zum Ergebnis der Tarifverhandlung...
 ...nehmen. Im übrigen verweise ich auf den vorliegenden...
 ...Zirkulare der Zentralkommission vom 12. Dezember v. J. — N. L. in...
 ...2.: 3.40 Mk. — N. L. in G.: 3.40 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schanzenstraße 5 II.
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Frankfurt a. d. O. Dem Geher Richard Hartmann, geboren am 21. April 1836 zu Frankfurt a. d. O. ist sein Verbandsbuch (S. 752) abhanden gekommen. Er erhielt ein neues Buch mit der Hauptbuchnummer 64321, Gau Oder 5127.

Adressenveränderungen
 Brandenburg a. d. Savel. (Bezirk.) Vorländer: G. Klein, Roonstraße 31; Kaffierer: Karl Ruff, Wallstraße 5. — (Orf.) Vorländer: Adnan Bar, Wallstraße 23; Kaffierer: Karl Ruff, Wallstraße 5.
 Burg h. M. Vorländer: Friedrich Soma, Wallstraße 6. Friedrichsberg-Walderscheren. Vorländer: Otto Schütz, Hauptstraße 7; Kaffierer: Karl Debes, Schloßstraße 31.
 Rangenstraße. Vorländer: Albert Stoh, Winkelgasse 5; Kaffierer: Arno Buch, Mühlstraße 6.
 Wilhelm (Aub.). (Machinenmeisterverein.) Kaffierer: Hermann Schönli, M. Eintrug, Jägerstraße 12.

Zur Aufnahme gemeldet
 (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
 Im Gau Dresden 1. der Geher Max Göbel, geb. in Kommschlag 1878, ausgel. in Albersdorf i. S. 1885, ausgel. in Pirna 1906; waren schon Mitglieder. — 5. Steinbrunn in Dresden, Waldenstr. 7.
 Im Gau Frankfurter-Becken der Schwelzberger Otto Fringer, geb. in Oelshaus (Oberbesen) 1894, ausgel. in Trensfa 1911; war schon Mitglied. — Karl Neus in Frankfurt a. M., Albersbergstr. 5 III.

Im Gau Hannover der Geher Otto Berman, geb. in Welschendorf 1899, ausgel. in Osterburg (Wilm.) 1917; war noch nicht Mitglied. — Gustav Wingen in Hannover, Emilienstraße 3.
 Im Gau Wetzlar der Geher Richard Schell, geb. in Wetzlar 1885, ausgel. in Gießen 1915; waren schon Mitglieder. — 2. Dahnle in Schwerin i. M., Rostocker Straße 19.
 Im Gau Nordwest der Geher 1. Martin Weber, geb. in Niederwisch bei Siedeln a. Rh. 1899, ausgel. in Siedeln 1916; 2. Ludwig Knapp, geb. in Mittelstadt in Hessen 1897, ausgel. dal. 1915; waren noch nicht Mitglieder; 3. Heinrich Lampe, geb. in Bona a. d. Rh. 1859, ausgel. dal. 1877; 4. Richard Hellmuth, geb. in Gießen (Hühnd.) 1886, ausgel. dal. 1904; 5. Friedrich Krabl, geb. in Gompersdorf i. Sch. 1895, ausgel. in Dresden 1913; 6. der Bruder Joseph Schumacher, geb. in Berlin 1897, ausgel. dal. 1915; waren schon Mitglieder. — 2. Dieck in Bremen, Hardenbergstraße 52.
 Im Gau Ostpreußen der Geher Fritz Dieck, geb. in Königsberg i. Pr. 1892, ausgel. dal. 1912; war schon Mitglied. — Walter Kranke in Königsberg i. Pr., Farnheidstraße 22 III.
 Im Gau Schlesien der Geher der Bruder Walter Schmidt, geb. in Elmhorn 1896, ausgel. dal. 1916; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schanzenburgerstraße 34 p.

Verammlungskalender
 Leipz. Maschinenlehre-Generalversammlung Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Volksbau“, Seifertstraße 32.
 Zwilchen. Maschinenlehre-Generalversammlung Dienstag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Beyer“, Auhofe Leipziger Straße.

Lern fremde Sprachen!

Diese Mahnung kann sehr, wo es gilt, unsre Handelsbeziehungen mit dem Ausland, von neuem auszubauen, nicht oft genug ausgesprochen werden. Sprachkundige werden bald in allen Geschäftszweigen gesucht werden, dem Sprachkundigen werden sich die besten Wege zum Vorwärtkommen eröffnen. — Fremde Sprachen erlernen Sie leicht und bequem, ohne Lehrer und ohne Schulbesuch nach der willkürlichen Methode Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg

ihode Lousaint-Vangenscheidt. Diese Methode ist von Autoritäten aus dem Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet. Auf Grund ihrer unerreicht vortrefflichen Ausdrucksbeziehung lernen Sie so wie der Franzose, Engländer usw. sprechen. Keine Vorkenntnisse und keine höhere Schulbildung erforderlich. — Berlangen Sie heute noch kostenlos, Zufund, unserer Einführung Nr. 1, 23 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache.

Verlangen Sie Prospekt der **Gemeinschaft für Vorkenntnisse** von Wendlers Buchverlag, Baumhofsberg, Scharnhorst

W. Langenscheidt
(Schönberg)

Leiter der Vereinigung stenographischer Buchdrucker: W. Reddermann, Wollensbüchel, Med. umgeh. erbeten. — Vorkenntnisse, Unterr.: Aug. Wiegmann, Essen (West), Berliner Str. 211 I, A. Reinhardt, Wollensbüchel, Kallersplatz.

Beltenmaß m. 6 Einleit. 50 Pf. G. Frig, Frankfurt a. M., W. Beberstr. 23.

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**.

Am 24. Dezember verstarb unser lieber Kollege, der Geher **Heinrich Kiedt** aus Gieshausen, im 66. Lebensjahr. (155) Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Motivenshaft „Typograph“ Serie 3. neuere Ausgabe. Unerlöschliche Herstellung von zeitgemäßen Druckmaschinen. In Ref. 4, 50 Mk. bei Borelli, Nachn. 4, 80 Mk. J. Wienands, Graph. Verlag, Baum a. Rh., Rosenlat 42.

Monotypiegeißer
 Selbstverfahrener für die Bedienung zweier Gießmaschinen zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an Friedrich Busse, Buchdrucker, Regensburg.

Zwei perfekte **Monolinejeser** sofort gesucht. „Zweifacher Vork“, Andernach, 1127

Maschinen Handwerker
 25 Jahre (ehemaliger Stützungsingenieur), sehr in allen rufischen Gattungen, aber perfekt deutsch sprechend, sucht sofort Stellung. Offerten erbeten an Max Metzger, Leipzig-Gleitsch, Weisstraße 8 II I.

Junger Maschinenmeister
 Illustrations- und Drelarbendruker, such sofort oder später Stellung. Sachsen bevorzugt. Angebote unter Nr. 142, an die Geschäftsstelle v. W.

Für die Gehilfenprüfung
 empf. geeignete Fachlehrbücher. Graph. Ver. in. Reg. in. Nachn. Katalog 25 Pf.

Neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckpresse
 Ein Vorkurs zur Umformung der bisherigen Zureich- und Produktionsweise im Buchdruckgewerbe. Von W. Rauch. Preis gebunden 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk. Früher erschienen und grundlegend für obiges Buch:
 „Wie soll ich zurechnen?“ Ein Leitfad. z. Aufbau der Zurechnung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Regel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunstdruck, geb. postfrei 2,30 Mk.; 2. Lerner.
 „Der Buchdrucker aus A. B. C.“ Ein Ratgeber z. Einleitung des Universitäts-Bonenschnitts auf alle Papierarten; 93 S., 55 Abb., geb. 1,70 Mk., postfrei geg. Borelli, Nachn. v. Berl. W. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Gebrauchtes Kobelzeug für Messinglinien
 zu kaufen gesucht. (151) Angebote unter L. P. 2161 an Rudolf Wolff, Leipzig, erbeten.

Allen unsern Mitgliedern, Funktionären und Mitarbeitern **die besten Wünsche zum neuen Jahr** und besten Dank für treue Mitarbeit. (150) Berlin, 31. Dezember 1919. Die Zentralkommission der Stenotypen- u. Galvanoplastiker Deutschlands.

Am 18. Dezember verschied infolge eines schweren Anfalls unser werter Kollege, der Geher **Rudolf Wanke** im 33. Lebensjahr. (154) Wenn auch nicht im Berufsleben, nahm er doch stets regen Anteil an Verbandsleben. Ein ehrendes Andenken bewahrt diesem braven Kollegen Der Ortsverein Jena.

Am 27. Dezember verschied nach kurzer Krankheit **Herr Anton Krüger** ehemaliger Buchdruckereibesitzer. Sein Andenken als human und rechtlich denkender Prinzipal wird bei uns stets in Ehren fortbestehen. **Mitgliedenschaft Donauwörth**.